



## NIEDERSCHRIFT

### 36. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2014 – 2019

**Sitzungstermin:** Dienstag, 22.05.2018  
**Sitzungsbeginn:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:23 Uhr  
**Sitzungsort:** Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943 Luckenwalde

#### **Anwesend:**

##### **Vorsitzende-**

Frau Dr. Heidemarie Migulla

##### **Mitglieder-**

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Herr Jens Bärmann

bis 20:00 Uhr

Frau Sabine Bölter

Herr Hans Buchner

Herr Matthias Grunert

Herr Peter Gruschka

Frau Dr. Margitta-Sabine Haase

Herr Thomas Herold

bis 20:43 Uhr

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Frau Evelin Kierschk

Herr Andreas Krüger

ab 18:35 Uhr

Herr Bert Lindner

bis 21:07 Uhr

Herr Dietrich Maetz

Herr Gerhard Maetz

Herr Carsten Nehues

Herr Falko Nitsche

bis 20:49 Uhr

Herr Marko Ott

Herr Sven Petke

Herr Eberhard Pohle

Frau Bärbel Redhammer-Raback

ab 18:32 Uhr

Herr Erik Scheidler

Herr Hans-Dietmar Seiler

Herr Harald-Albert Swik

Herr Manfred Thier

Frau Nadine Walbrach

Herr Michael Wessel

##### **Verwaltung-**

Herr Torsten Knöfel

Frau Angela Malter

Herr Peter Mann

Herr Ingo Reinelt

Herr Klaus-Ulrich Seifert

ab 18:45 Uhr

Herr Dirk Ullrich

##### **Schriftführerin-**

Frau Britta Jähner

**Abwesend:****Mitglieder-**

Herr Christoph Guhlke

Herr Jochen Neumann

**Tagesordnung:****I. ÖFFENTLICHER TEIL:**

- 1 . Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
- 2 . Einwohnerfragestunde
- 3 . Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.04.2018
- 4 . Feststellung der Tagesordnung
- 5 . Beschlussvorlagen
- 5.1 . Grundsatzbeschluss Neubau Salzlager Bauhof **B-6282/2018/1**
- 5.2 . Grundsatzbeschluss zum Anbau Kita "Sunshine" **B-6341/2018**
- 5.3 . Grundsatzbeschluss Generalsanierung Rathaus **B-6342/2018**
- 5.4 . Energetisches Quartierskonzept Nuthe-Burg **B-6350/2018**
- 5.5 . Abberufung sachkundiger Einwohner - Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport **B-6356/2018**
- 5.6 . Antrag zur Mittelverwendung auf der Grundlage der erhöhten Schlüsselzuweisung **A-6030/2018**
- 5.7 . Mittelverwendung für die erhöhte Schlüsselzuweisung **B-6351/2018**
- 5.8 . Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln für die Anmietung einer Drehleiter **B-6352/2018**
- 5.9 . Außer- und überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für die Innenausstattung der KITA-Raummodule **B-6353/2018**
- 6 . Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 . Anfragen zum Zugang Weichpfuhl-Park **F-6116/2018**
- 6.2 . Anfragen zu stillgelegten PKW auf dem Volltuchgelände **F-6117/2018**
- 6.3 . Anfrage zur Eingangsgestaltung der Bibliothek im Bahnhof **F-6118/2018**
- 6.4 . Anfrage zur Inbetriebnahme Kinderaktionsfläche und Kariedelbrunnen auf dem Boulevard **F-6119/2018**
- 6.5 . Anfrage zur Handhabung - Müllentsorgung am Kleinen Haag **F-6120/2018**
- 7 . Informationen der Verwaltung
- 8 . Informationen der Vorsitzenden

**II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:**

- 9 . Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.04.2018
- 10 . Feststellung der Tagesordnung
- 11 . Beschlussvorlagen
- 11.1 . Vergabe Architektenleistung Anbau Kita Sunshine LP 3-8 **B-6338/2018**
- 11.2 . Verkauf Grundstück Elsthal, Gemarkung Luckenwalde, Flur 19, Teilflächen in Größe von insgesamt ca. 1.100 m<sup>2</sup> der Flurstücke 734/10, 832 und 1223 **B-6344/2018**
- 11.3 . Vergabe Straßenbau Mehlsdorfer Straße **B-6355/2018**
- 12 . Informationen der Vorsitzenden
- 13 . Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
- 14 . Informationen der Verwaltung

## I. ÖFFENTLICHER TEIL

### **TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

**Frau Dr. Migulla** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

**Frau Dr. Migulla** informiert, dass Herr Felix Thier mit Ablauf des 30.04.2018 aus der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde ausgeschieden ist und Herr Marko Ott die Nachfolge angetreten hat. Herr Ott übernimmt die Mitgliedschaft im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport.

Sie verpflichtet den Stadtverordneten Marko Ott mit den Worten: „Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Brandenburg und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Luckenwalde zu erfüllen.“

- Frau Redlhammer-Raback erscheint zur Sitzung.

**Frau Dr. Migulla** stellt fest, dass 25 Mitglieder und die Bürgermeisterin als stimmberechtigtes Mitglied anwesend sind.

### **TOP 2. Einwohnerfragestunde**

#### **TOP 2.1. Anfrage zum Energetischen Quartierskonzept Nuthe-Burg (B-6350/2018)**

**Herr Brücke** fragt zu dem Energetischen Konzept Nuthe-Burg an, ob die betroffene Wohnbaugenossenschaft dazu ihr Einverständnis schriftlich gegeben hat.

**Frau Herzog-von der Heide** entgegnet, dass es vor zwei Jahren eine gemeinsame Beratung gab, an der auch ein Vertreter der Wohnbaugenossenschaft teilgenommen hat. Dort wurde erörtert, welche Entwicklungen man sich für diesen Bereich vorstellt und für die Wohnbaugenossenschaft konkret die Möglichkeit nach dieser Planung noch weitere Gebäude auf ihrem Gelände errichten zu können. Für andere Akteure war Ähnliches vorgesehen. Jeder Teilnehmer dieser Vorstellungs-Beratung hat die Unterlagen mit den möglichen Vorstellungen für die Gebietsentwicklung erhalten. Es gab keine Rückmeldungen, keine Änderungswünsche o. ä. Daraufhin wurden sehr umfangreiche Berechnungen angestellt. Diese mündeten in dem Konzept, das heute zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung steht. Das Konzept beinhaltet u. a., wie diese möglichen Erweiterungsoptionen auf der Burg energetisch behandelt werden könnten, z. B. Fernwärmeversorgung. Entscheidend ist, dass die Stadtverordneten diesen Vorstellungen so zustimmen. Zur Rechtskraft des heute zu fassenden Beschlusses führt sie aus, dass es sich um eine Bindung nach innen handelt. Man begründet und verwehrt damit kein Baurecht. Nach Aufstellung eines Bebauungsplanentwurfs durch die Stadt Luckenwalde für den genannten Bereich hat jeder die Möglichkeit, Einwände, Anregungen und Ergänzungen einzureichen, über die dann wiederum in der Stadtverordnetenversammlung abzuwägen sind. Frau Herzog-von der Heide betont, dass dieser vorliegende Beschluss keine Außenwirkung für die Akteure des entsprechenden Gebietes habe.

- Während der Ausführungen erscheint Herr Krüger zur Sitzung.

**TOP 2.2.            Anfragen zum Grundsatzbeschluss zum Anbau Kita  
"Sunshine" (B-6341/2018)**

**Herr Westendorf** hatte im Vorfeld der Sitzung Anfragen und Bedenken zum Beschluss Anbau Kita Sunshine allen Stadtverordneten zugeleitet und stellt weitere Fragen:

- Warum sind in dem heutigen Beschluss nicht alle Kosten angegeben? Es fehlen z. B. die Kosten der Außenanlagen.
- Ihm liegt ein Schreiben des zuständigen Ministeriums vor, dass bisher keinerlei Kontaktaufnahme bezüglich der Betriebserlaubnis erfolgte und er fragt nach den Gründen.

**Frau Herzog-von der Heide** erläutert, das, was heute zu beschließen ist, ist ein Konzept, eine Idee. Findet der Beschluss Mehrheit, dann sind weitere Planungsschritte erforderlich, wie die Ausführungsplanung und die Genehmigungsplanung. In der Phase der Genehmigungsplanung wird die betriebserlaubniserteilende Stelle des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) eingebunden. Frau Borchert vom MBS hat im Zuge der vorübergehenden Lösung der „Modulbau-Kita“ am Standort Kita Sunshine von dem Anbauvorhaben Kenntnis erlangt. Zu den Kosten könne erst etwas gesagt werden, wenn die nächsten Planungsschritte absolviert sind. Die Beschlussvorlage enthält Orientierungswerte.

**Herr Westendorf** fragt, warum kein Kita-Neubau erfolgt, der weitaus günstiger wäre, und warum es keine Information an die Eltern gibt, wie der laufende Betrieb während der Bauausführung funktionieren soll?

**Frau Herzog-von der Heide** führt aus, dass eine Planungsidee vorgestellt wurde. Im Planungs- und Genehmigungsprozess sind viele verantwortliche Stellen einzubeziehen, die ihre Zustimmung erteilen oder Nachbesserungen einfordern werden. Wenn die Planung steht, muss ein Baustellenregime organisiert werden. Wie der Bauablauf vonstattengeht, kann zum jetzigen Zeitpunkt keiner beantworten. Detailabsprachen mit dem Träger und der Kita-Leitung werden zu treffen sein, damit der Kita-Betrieb nicht übermäßig während der Bauphase leidet, inwieweit belegungsarme Zeiten für die Baudurchführung genutzt oder auch einzelne Kita-Gruppen vorübergehend andere Räumlichkeiten aufsuchen müssen.

**TOP 3.            Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der  
Sitzung vom 10.04.2018**

keine

**TOP 4.            Feststellung der Tagesordnung**

bestätigt

**TOP 5.            Beschlussvorlagen**

**TOP 5.1.            Grundsatzbeschluss Neubau Salzlager Bauhof            B-6282/2018/1**

**Herr Thier** fragt, wie die in der Vorlage genannten Zahlen 189.897,79 Euro (Anlage 3) sowie 175.000 Euro und 250.000 Euro (Erläuterung) zu verstehen sind. Weiter steht im Erläuterungsteil, dass der Standort der Straßenmeisterei An der Krähenheide untersucht wurde. Er fragt nach der Prüfung weiterer Standorte als Lösungsvariante.

Daraufhin entgegnet **Frau Herzog-von der Heide**, dass es sich bei der Prüfung des Standortes Straßenmeisterei um eine Ergänzung handelt. Sie verweist auf die zum Thema bereits behandelte Beschlussvorlage (B-6282/2017). Bei den Kosten hält sie die 250.000 Euro für realistisch. Die Leistung werde ausgeschrieben und es komme auf die Angebote an.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Neubau eines Salzlagers Bauhof eine Funktionalausschreibung durchzuführen.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 1  
**ungeändert beschlossen**

### **TOP 5.2.                    Grundsatzbeschluss zum Anbau Kita "Sunshine"                    B-6341/2018**

- Herr Swik nimmt zu diesem Tagesordnungspunkt aus Gründen der Befangenheit (Mitwirkungsverbot) im Zuhörerbereich Platz.

**Herr Nehues** fragt, warum die Kosten für die Außenanlagen nicht eingeplant sind.

**Frau Herzog-von der Heide** erläutert, dass die Außenanlagen und der finanzielle Aufwand dafür erst bezifferbar sind, wenn feststeht, wie das Bauvorhaben umzusetzen sein wird.

Auf Nachfrage von **Herrn Nehues**, ob die Außenanlagen nicht im Kontext mit der Grobplanung des Gesamtvorhabens stehen müssten, entgegnet **Herr Reinelt**, dass alles, was mit dem Anbau im Zusammenhang steht, wie Zuwegung rund um das Gebäude, im Kostenaufwand mit ausgepreist ist.

**Herr Petke** fragt bezüglich der Formulierung im Erläuterungsteil (S. 2 unten: „Minimierung des Kitaplatzmangels“) an, ob in dem Grundsatzbeschluss nicht die Frage der Kinder-Betreuung (Erzieher) einfließen könne.

**Frau Herzog-von der Heide** antwortet, dass mit dem Beschluss die Planungsidee auf den Weg gebracht werden solle. Vielleicht sei der Begriff „Grundsatzbeschluss“ durch einen anderen zu ersetzen. Ziel sei es, mit dem Anbau 40 weitere Kita-Plätze in der Kita Sunshine zu schaffen. Dergleichen sollen mit einem Anbau 40 weitere Kita-Plätze in der Kita Rundbau und 50 Plätze mit dem Neubau der evangelischen Kita entstehen. Dass 18 Kita-Plätze in der Kita Burg zurzeit mangels Personal nicht betreut werden können, darüber hatte sie im Hauptausschuss bereits informiert. Sie verweist darauf, dass die Kommunen vom Gesetzgeber her dazu verpflichtet sind, Kita-Gebäude zur Verfügung zu stellen und zu bewirtschaften. Für das pädagogische Personal zu sorgen und es fachgerecht anzuleiten, ist Aufgabe des Trägers. Für die Gewährleistung der Plätze sei das Jugendamt des Landkreises zuständig.

**Frau Walbrach** fragt, wann die Eltern über den Bauablauf informiert werden. Zur Betriebserlaubnis möchte sie wissen, ob es ein Problem mit einer Nachregelung zur Betriebserlaubnis gebe, wenn, wie jetzt in dem großen Umfang neben einer Kita gebaut werde, und ob dies vorher abgefragt wurde. Ferner bittet sie, dass die Stadtverordneten auch über planerische Ansätze informiert werden, wenn es um einen Kita-Neubau in der Stadt geht oder Vereine mit fertigen Konzepten beispielsweise eine Kita betreiben wollen.

**Frau Herzog-von der Heide** zeigt am Beispiel Anbau Kita Rundbau auf, dass bei den Gesprächen mit den Architekten nicht nur die Verwaltung beteiligt war, sondern dass auch der Träger und die Kita-Leitung einbezogen wurden. Man war sich darüber einig, dass im Zuge des Anbaus auch die Schwächen der Kita betrachtet und beseitigt werden. Das

bedeutet, dass der Anbau der Kita nicht nur Gruppenräume umfasst, sondern ein Bewegungsraum dazu gehört, die „Wachkinder“ untergebracht werden und es einen Teamraum für die Erzieher gibt. Gleichwohl wurde und werde bei der Planung der Kita Sunshine die Kita-Leitung und der Träger einbezogen. Der, wenn auch teure Entwurf des Architekturbüros, beinhaltet eine Verbesserung für den Kita-Alltag wie auch für die gesamtheitliche Arbeit der Personals.

Für die Juni-Sitzung kündigt Frau Herzog-von der Heide die Vorstellung einer Idee für einen Kita-Neubau an.

**Herr Akuloff** ist mit der Begrifflichkeit „Grundsatzbeschluss“ nicht einverstanden. Ein Grundsatzbeschluss müsse dann auch die Planung und die Kosten der Außenanlagen enthalten.

Daraufhin schlägt **Frau Herzog-von der Heide** vor, den Titel „Grundsatzbeschluss“ in „Beschluss“ zu ändern.

**Herr Gruschka** ist der Meinung, um alle Fragen, die gestellt und noch unbeantwortet sind, beantworten zu können, müsse mit der Thematik begonnen werden.

**Herr Nehues** hofft, im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport über die Situation der Kinder-Betreuung informiert zu werden, wie im Hauptausschuss angesprochen. Des Weiteren fragt er, wann die Vorstellungen eines angesprochenen weiteren Kita-Trägers stattfinden.

Dies wird in der Sitzung nach der Sommerpause erfolgen, so **Frau Herzog-von der Heide**, wenn die Interessenbekundenen damit einverstanden sind.

**Herr Petke** befürchtet, wie bereits im Hauptausschuss von ihm angesprochen, dass sich die Problematik der fehlenden Kita-Plätze und des fehlenden Personals weiter auf die Grundschule auswirken werde.

**Frau Herzog-von der Heide** sieht die Problematik eher im Oberschulbereich. In den vorhandenen Grundschulen kann eine bis zu 8-Zügigkeit gewährt werden.

**Herr Lindner** stellt den Antrag gemäß Geschäftsordnung auf Schluss der Aussprache.

Ja 21 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 1

**Antrag bestätigt**

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Errichtung eines Erweiterungsbaus an der Kita Sunshine gemäß der Vorplanung des Architekturbüros holtz gostomzyk architekten, Reiherbeize 47, 14169 Berlin.

Sie bildet die Grundlage für die zu beauftragenden weiteren Planungsphasen.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

**geändert beschlossen**

### **TOP 5.3.**

#### **Grundsatzbeschluss Generalsanierung Rathaus**

**B-6342/2018**

**Herr Petke** begrüßt die angestrebte Verbesserung des Dienstleistungsangebotes für die Bürger auch hinsichtlich der Digitalisierung. In diesem Zusammenhang denkt er, dass nicht mehr jeder Mitarbeiter im Rathaus 40 Stunden tätig sein werde, sondern von zu Hause aus arbeite. In der Begründung fehlen ihm Aussagen dazu. Da gegenwärtig so viele Projekte von der Verwaltung zu realisieren sind, das Personal immer älter werde, das Nachwuchspersonal

noch unerfahren sei sowie die notwendigen Umzüge eine Belastung für die Mitarbeiter seien, denkt er, die Verwaltung werde mit diesem Vorhaben überfordert. Er fragt, ob es nicht klüger wäre, dieses Vorhaben nach hinten zu verschieben.

Zur Digitalisierung verweist **Frau Herzog-von der Heide** auf die ausführliche Beantwortung der Anfrage von Herrn Nehues (34. Stadtverordnetenversammlung vom 27.02.2018).

Gegenwärtig ist festzustellen, dass die Anwendung von Fachverfahren auf elektronischem Weg nicht unbedingt mit einer Reduzierung des Arbeitsaufwandes einhergehe. Hier fehle auch noch die rechtliche Grundlage, wie die ganze Digitalisierung im Einklang mit dem Datenschutz zu realisieren sei.

Überdies kommen nach wie vor Menschen in das Rathaus, um sich vor Ort beraten zu lassen und Anträge auszufüllen. Auch der fachliche Austausch zwischen den Kollegen unterschiedlicher Fachbereiche ist zur Bearbeitung von Vorgängen mitunter notwendig und wird auch geschätzt. Sie geht davon aus, dass in den nächsten zehn, 15 Jahren das „Rathaus“ nicht überflüssig wird.

Die Chancen der Finanzierung sieht sie durch die einzusetzenden Mittel der Städtebauförderung. Dass es zu Belastungen während der Bauzeit, die sich über mehrere Jahre erstreckt, kommen wird, davon sei auszugehen. Die festgeschriebenen Hauptziele der Generalsanierung im Beschlussvorschlag, wie Brandschutz, Barrierefreiheit und Bürgerservice sollen verwirklicht werden.

**Herr Nehues** fragt, von welchem Stand die Planungskosten in Höhe von 2,6 Mio. Euro sind und wie das Rathaus handlungsfähig bleibt, wenn die Bauphase ansteht.

**Herr Reinelt** entgegnet, dass die Kostenschätzung aus dem Jahr 2017 ist. Ein Fachplaner ist noch nicht beauftragt. Zur Handlungsfähigkeit sagt er, werde parallel zur Entwurfsplanung ein Umzugsmanagement durchgeführt.

**Herr Swik** spricht sich für die Generalsanierung des Rathauses aus, weil seit Jahren bekannt ist, dass es erhebliche Mängel beim Brandschutz gibt. Ebenso sei die Schaffung von Barrierefreiheit zu realisieren.

**Frau Redhammer-Raback** weist daraufhin, dass bei den Zielen der Beschlussvorlage in der Erläuterung vier genannt sind und auf Seite 3 der Anlage 1 nur drei. Sie fragt, was unter dem Ziel „Verbesserung des Dienstleistungsangebotes für die Bürger“ zu verstehen ist.

**Frau Herzog-von der Heide** erklärt, dass der Punkt „Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter“ nach der Vorstellung der Vorplanung im Fachausschuss nachträglich in die Beschlussvorlage aufgenommen wurde. Zu der Frage „Verbesserung des Dienstleistungsangebotes für die Bürger“ verweist sie auf den ersten Abschnitt der Erläuterung zur Beschlussvorlage.

**Herr Scheidler** ist verwundert über den Vorschlag von Herrn Petke, das Bauvorhaben zu verschieben. Er regt ferner an, bei der Planung zu berücksichtigen, Bereiche aus dem Haus der Theaterstraße, die mit Bürgeranliegen zu tun haben, mit im Rathaus zu integrieren, um die Wege für die Bürger zu verkürzen.

**Herr Petke** bekräftigt, dass die Fraktion gegen den Beschluss stimmen werde, weil es sich um keinen Grundsatzbeschluss handelt, sondern um eine Idee, die konkrete finanzielle Bedeutung für die Luckenwalder hat. Bei den Gesamtkosten werden 2,6 Mio. Euro angeführt. Die Dinge, die ausgeklammert sind, werden in der Realität oft viel teuer. Konkret werde der Punkt „Verbesserung des Dienstleistungsangebotes für die Bürger“ nicht untersetzt.

**Herr Gruschka** meint, werde der Beschluss nicht gefasst, bleibt ein Status Quo bestehen. Hingegen wäre die Durchführung des Umbaus unter Einhaltung der Zielsetzung in den nächsten vier Jahren eine Erfolgsgeschichte.

**Herrn Krüger** geht es um die gegenwärtige Situation, dass beispielsweise nicht jeder Bürger mit der Digitalisierung umgehen kann bzw. keinen Zugang zum Internet hat. Er befürwortet die Umbau- und Verbesserungsmaßnahmen.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:  
Der in den Anlagen dargestellten Vorplanung des Architekturbüros B12 Architekten zur Generalsanierung des Rathauses wird zugestimmt. Sie bildet die Grundlage für die zu beauftragenden weiteren Planungsphasen.

Ja 19 Nein 7 Enthaltung 1  
**ungeändert beschlossen**

- Herr Bärman verlässt die Sitzung.

### **TOP 5.4.                    Energetisches Quartierskonzept Nuthe-Burg                    B-6350/2018**

**Herr D. Maetz** betont, dass der Beschlussvorschlag sehr wohl Außerwirkung habe (entgegen der Aussage unter TOP 2.1). Der anliegende Plan zeigt, dass ein Wohnblock, der gegenwärtig mit 50 bezogenen Wohnungen existiert, weg ist, was die Mieter beunruhigt. Ferner denkt er, dass keine Bank der Wohnbaugenossenschaft einen Kredit für Modernisierungsmaßnahmen wie Fahrstuhlumbau geben würde, wenn, so wie dargestellt, der Block abgerissen wird. Auch dass es keine schriftliche Vereinbarung mit der Wohnbaugenossenschaft gibt und die Grünflächengestaltung vorgeschrieben werde, veranlasse ihn, der Vorlage nicht zuzustimmen.

**Frau Herzog-von der Heide** schlägt eine Abänderung des Punktes 2 des Beschlussvorschlages vor, dass dieses Konzept keine Umsetzungsverpflichtung für Dritte begründet.

**Herr Petke** hätte gern die Folie 9 der am 18. August 2016 vorgestellten Powerpoint-Präsentation gesehen, auf die die Bürgermeisterin in ihrem Schreiben vom 8. Mai 2018 an den Vorstand der Wohnbaugenossenschaft hinweist. Ferner hätte er sich die Informationen aus den Absprachen gewünscht, wo die Stadtverordneten nicht dabei waren.

**Herr Akuloff** entgegnet zum Änderungsvorschlag „keine Umsetzungsverpflichtung“ aufzuerlegen, dass diese die Möglichkeit nehme, grundsätzliche Ziele der Energiepolitik für die Stadt geltend zu machen. Zum sozialen Wohnungsmarkt, bezogen auf die Beschlussvorlage, fragt er an, wer für die Wohnraumbestandsstatistik zuständig ist. In der Vorlage wird auf das Wohnungsmarktkonzept Luckenwalde von 2015 verwiesen. Aktuell sind 8 % der Wohnungen dem sozialen Wohnungsmarkt zuzurechnen und die Belegungsbindung für 90 % dieser Wohnungen wird 2019 enden. Prognostiziert für 2030 wird ein Bedarf an dem sogenannten Niedrigpreissegment von 2.370 Wohnungen. Er fragt, welche Überlegungen es gibt, die Diskrepanz der fehlenden Belegungsbindung zu lösen.

**Herr Mann** antwortet, dass es sich bei dem Beschluss um ein städtebauliches Konzept handelt, das wie der Flächennutzungsplan zu beschließen ist. Selbst wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen die Wohnbaugenossenschaft zur Erweiterung betreffen, führt dies nicht zu einem Unwirklichsein der technischen Infrastruktur. Sehr eng sind die



Komponenten der Fernwärme-, Gas- und Stromversorgung auf die Entwicklungspotentiale ausgerichtet, antwortet Herr Mann analog den Erläuterungen zur Beschlussvorlage. In welchen Jahren die Entwicklungspotentiale zum Tragen kommen, sei ungewiss. Deshalb war es Aufgabe der Firma ENERKO, diesen energetischen Teil zu bearbeiten, zu überprüfen, dass die Entwicklungsperspektive unter der jetzigen Bestandsentwicklung funktioniert. Alle anderen Teile, die zur verkehrlichen Entwicklung gehören, wie Grünzug, Zuwegung, sind Entwicklungspotentiale, die in einer verbindlichen Planung konkretisiert werden müssen. Zur Frage der sozialen Wohnraumversorgung, die nicht Bestandteil des energetischen Konzeptes ist, führt Herr Mann aus, dass in einer AG Wohnen, in der auch die Wohnbaugenossenschaft Mitglied ist, über die Szenarien der Wohnraumbindung beraten wurde. Es wird nach Ablauf der Belegungsbindung Wohnungen in dem Niedrigpreissegment geben, aber nicht mehr in der Größenordnung wie derzeit.

**Frau Herzog-von der Heide** ergänzt verdeutlichend, dass das Niedrigpreissegment in der Stadt nicht nur mit belegungsgebundenen Wohnungen abgedeckt werden könne. Das sei auch jetzt schon nicht der Fall. Wenn die zurzeit beschränkte Zuschussförderung für das Berliner Umland für solche Wohnungen nicht ausgeweitet wird, hat die Stadt keine attraktiven Anreize für Bauherren, auch belegungsgebundene Wohnungen zu akzeptieren. Im Moment ist das Einfachste freifinanzierter Wohnungsbau für das mittlere Preissegment.

**Herr Thier** versteht nicht, dass ein Partner (Wohnbaugenossenschaft) mit 50 % des Wohnungsbestandes in dem Bereich nicht eingezogen wird, wie schon auf Seite 7 des Konzeptes zu entnehmen ist. Ferner verweist er auf die ungleichen Aussagen, die ihm Anlass zum Bedenken geben:

- B-6350/2018, Seite 77 Konzept – „Für eine soziale Durchmischung sind ca. 50 % der Wohnungen für niedrige, ...“ heißt von den 140 geplanten Wohnungen im Karree seien das 70 Wohnungen.
- Niederschrift vom 04.04.2017 – Nach Darstellung von Herrn König können 35 Wohnungen des Niedrigpreissegments woanders hingesiedelt werden.

**Herr Mann** fasst die Herangehensweise, die zu diesem Beschluss führte, nochmals zusammen (sh. Seite 7 der Anlage zur Beschlussvorlage). Auch dass das Konzept aus den Ergebnissen des vor zwei Jahren geführten Gesprächs, an dem die Wohnbaugenossenschaft teilgenommen hat, entwickelt wurde.

**Herr Gruschka** weist darauf hin, dass die Auswirkungen dieses Konzeptes sicherlich von Vor- und/oder Nachteil für die beteiligten Akteure sein werden. Er warnt vor einer Überbetroffenheit hinsichtlich der Wohnbaugenossenschaft, da es sich hierbei um einen Grundsatzbeschluss zur Selbstbindung handelt. Erst wenn es um Planungs- und Baurecht geht, geht es um persönliche Betroffenheit. Ziel ist es aber, einen wichtigen Teil der Stadt nach energetischen Gesichtspunkten zu entwickeln.

**Herr Swik** meint, dass die Ziele des Konzeptes auf den Weg gebracht werden. Ganz wichtig findet er auch die Frage von Herrn Akuloff nach dem Sozialwohnungsbau, er möchte aber nicht den Informationen der Stadtverordnetenversammlung am 12.06.2018 vorgehen.

**Frau Herzog-von der Heide** formuliert ihren Vorschlag des Punktes 2 des Beschlussvorschlages wie folgt:

2. Dieses Konzept begründet keine Umsetzungsverpflichtungen für Dritte. Außerdem gründet es weder ein unmittelbares Baurecht noch beschränkt es ein bestehendes, sondern soll die Verwaltung binden, es bei der Aufstellung künftiger Bauleitpläne zu berücksichtigen.

Der Umformulierung stimmen die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich zu.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. Das Integrierte energetische Quartierskonzept „Nuthe-Burg“ soll bezüglich des Themenfeldes Klimaschutz und Energie die Grundlage der Entwicklung des Teilraums Nuthe-Burg werden.
2. Dieses Konzept begründet keine Umsetzungsverpflichtungen für Dritte. Außerdem gründet es weder ein unmittelbares Baurecht noch beschränkt es ein bestehendes, sondern soll die Verwaltung binden, es bei der Aufstellung künftiger Bauleitpläne zu berücksichtigen.

Ja 16 Nein 5 Enthaltung 5  
**geändert beschlossen**

- Herr Herold verlässt die Sitzung.

**TOP 5.5. Abberufung sachkundiger Einwohner - Ausschuss für B-6356/2018  
Bildung, Kultur und Sport**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:  
Herr Marko Ott wird als beratendes Mitglied (sachkundiger Einwohner) des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde mit Wirkung zum 07.05.2018 abberufen.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0  
**ungeändert beschlossen**

**TOP 5.6. Antrag zur Mittelverwendung auf der Grundlage der A-6030/2018  
erhöhten Schlüsselzuweisung**

**Herr Thier** führt aus, dass die nachfolgenden Beschlüsse den Antrag erfüllen.

Daraufhin stellt **Frau Dr. Migulla** fest, dass der Antrag hinfällig ist, was **Herr Thier** bestätigt.

**TOP 5.7. Mittelverwendung für die erhöhte B-6351/2018  
Schlüsselzuweisung**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:  
Vorbehaltlich einer Kreisumlagenabsenkung für 2018 auf 44,5 % wird die Mittelverwendung gemäß Anlage 2 (zur Beschlussvorlage) vorgenommen.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0  
**ungeändert beschlossen**

**TOP 5.8.                    Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln für die Anmietung einer Drehleiter                    B-6352/2018**

**Herr Nehues** fragt, ob es schon was Aktuelles vom Sachverständigen gibt und was die Verwaltung daran hindert, schon ein Angebot für ein Ersatzfahrzeug einzuholen.

**Frau Malter** antwortet, dass bis heute kein abschließendes Gutachten vorliegt. Die Bestellung einer Drehleiter muss über das Land erfolgen. Da die Kosten für die Anmietung einer Drehleiter von der Versicherung nicht erstattet werden, soll mit diesem Beschluss die Mittelbereitstellung für die Miete bis Ende 2018 gesichert werden.

**Frau Herzog-von der Heide** ergänzt, dass der Gutachter um eine Einschätzung gebeten werde, ob die Drehleiter reparabel ist.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:  
Den überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für die Anmietung einer Drehleiter wird zugestimmt.

Ja 25    Nein 0    Enthaltung 0  
**ungeändert beschlossen**

- Herr Nitsche verlässt die Sitzung.

**TOP 5.9.                    Außer- und überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für die Innenausstattung der KITA-Raummodule                    B-6353/2018**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bereitstellung der außer- und überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für die Innenausstattung der KITA-Raummodule.

Ja 24    Nein 0    Enthaltung 0  
**ungeändert beschlossen**

**TOP 6.                    Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung**

**TOP 6.1.                    Anfragen zum Zugang Weichpfuhl-Park                    F-6116/2018**

**schriftlich beantwortet**

**Herr Thier** fragt nach, welche Maßnahmen nach Beendigung der Baumaßnahme in der Arndtstraße neben dem Aufstellen des Verkehrszeichens VZ 240 ergriffen werden, damit kein Fahrzeug mehr den Park widerrechtlich befährt bzw. direkt am Volleyballfeld parkt.

**TOP 6.2.                    Anfragen zu stillgelegten PKW auf dem Volltuchgelände                    F-6117/2018**

**schriftlich beantwortet**



Auf die Frage von **Herrn Akuloff** nach dem Ende des Geltungsbereichs entgegnet **Herr Mann**, dass der Bereich der verkehrsberuhigten Zone in Richtung zum Objekt der IHK fahrend an der linksseitigen Mauer (Beschilderung) endet. Weiter erläutert er, dass es mit den Eigentümern Vereinbarungen zur Nutzung der Flächen (z. B. Turmfest, Public Viewing) gibt, worin sich die Stadt für den ordnungsgemäßen Zustand der Flächen verpflichtet.

#### **TOP 6.9.            Sicherheitsmaßnahmen und Hausverbot Turmfest**

**Frau Walbrach** fragt, ob der zeitliche Geltungsbereich der Sicherheitskontrolle von 2:00 Uhr auf 2:30 Uhr bzw. bis zur Auflösung des Turmfestes ausgeweitet werden kann. Läuft das Sicherheitspersonal auch Streife auf dem Turmfest und ist es auch für deeskalierende Maßnahmen zuständig? Nimmt die Stadt ihr Hausrecht wahr und erteilt sie den sieben randalierenden Personen beim Turmfest 2017, die in eine Schlägerei verwickelt waren, ein Hausverbot?

**Frau Herzog-von der Heide** erläutert, dass die Sicherheitskontrolle bis 2:00 Uhr aufgrund des Glasbehältnisverbotes eingerichtet wurde und solange auch die Kassenhäuschen besetzt sein werden, um Taschenkontrollen u. ä. durchzuführen. Das eingesetzte Sicherheitspersonal ist geschult und kann bei Eskalation einschreiten. Ein ausgesprochenes Platzverbot hält sie nicht für kontrollierbar.

**Herr Petke** regt an, doch zu prüfen, wie ein Hausverbot für die o. g. sieben Beschuldigten erwirkt und durchgesetzt werden könne.

Daraufhin entgegnet **Frau Dr. Migulla**, dass, solange kein Urteil gefällt ist, die Unschuldsvermutung gilt.

- Herr Lindner verlässt die Sitzung.

#### **TOP 6.10.            Bußgeld Ablauf Personalausweis**

**Herr Wessel** berichtet, dass eine Bürgerin, deren Personalausweis abgelaufen war, eine Strafe in Höhe von 50 Euro entrichten musste. Er regt an, über das Verfahren des Personalausweisablaufs und die gesetzlichen Bestimmungen dazu im Internet und in der Pelikan-Post hinzuweisen, besser wäre noch, Erinnerungen an die betreffenden Bürger zu versenden.

#### **TOP 6.11.            Informationsveranstaltung zur Stadtentwicklung**

**Herr Scheidler** schlägt aufgrund der Vielzahl der zu diskutierenden Grundsatzbeschlüsse vor, eine separate Veranstaltung mit den Stadtverordneten zu Vorhaben, die Stadtentwicklung betreffend, außerhalb des Protokolls anzuberaumen.

#### **TOP 6.12.            Verlängerung Nuthepark**

**Herr Nehues** fragt nach dem aktuellen Stand, die Verlängerung des Nutheparks in Richtung Woltersdorf auszubauen.

**Herr Mann** erläutert, um die Grundvoraussetzungen für die Verlängerung der Nuthepromenade in Richtung Mühlenstraße zu schaffen, müsse zunächst der Kreisverkehr an der Ampelkreuzung geplant werden. Im Hintergrund werde an der Sicherung von Grundstücken gearbeitet und bei Einzelbaugenehmigungen darauf geachtet, dass sie sich in

die von 1997 angestellten Untersuchungen zur Entwicklung des Nuthegrünzugs einpassen. Auch mit dem heute gefassten Beschluss zum energetischen Konzept Nuthe-Burg werde die Freiraumplanung für dieses Vorhaben bedacht. Die Planung und Durchführung ist derzeit mangels Kapazitäten nicht zu realisieren.

#### **TOP 7. Informationen der Verwaltung**

**Frau Herzog-von der Heide** informiert über Sitzungsverschiebungen und neue Sitzungstermine:

- Am 12.06.2018 findet um 18:30 Uhr eine Stadtverordnetenversammlung statt. Im öffentlichen Teil wird Herr König über den Jahresabschluss 2017 und die Entwicklung der Wohnungsgesellschaft „DIE LUCKENWALDER“ in den letzten fünf Jahren berichten. Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung soll die Unternehmensstrategie dargestellt werden.
- Der Hauptausschuss am 12.06.2018 beginnt dann bereits um 17:30 Uhr.
- Am 03.07.2018 findet um 18:30 Uhr eine gemeinsame Hauptausschusssitzung der Mitglieder aus Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal zum Thema LUBA (Stand des Sanierungsverfahrens und Ausblick auf die weitere Entwicklung der Gesellschaft) im Sitzungssaal des Rathauses statt. Jeder interessierte Stadtverordnete, der nicht Mitglied im Hauptausschuss ist, kann an der Sitzung teilnehmen.

#### **TOP 8. Informationen der Vorsitzenden**

Die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet am 12.06.2018 statt.

Dr. Heidemarie Migulla  
Vorsitzende

Britta Jähner  
Schriftführerin

13.10 24 31 01